

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 98. Ratssitzung vom 6. April 2016

1812. 2016/94

**Postulat von Patrick Hadi Huber (SP) und Dr. Pawel Silberring (SP) vom
23.03.2016:**

Schulhaus Schütze, Installation der Überwachungskameras nur bei Notwendigkeit

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Patrick Hadi Huber (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1773/2016): Videoüberwachung ist grundsätzlich nur dann anzuordnen, wenn tatsächlich eine Notwendigkeit nachgewiesen ist und alle unmittelbaren und weiteren Mittel ausgeschöpft wurden, oder wenn es an einem bestimmten Ort verhältnismässig ist und einen hohen Nutzen schafft. Aus unserer Optik können 14 Kameras nicht richtig sein. Wenn man jetzt schon sagt, es müssten alle diese Kameras installiert werden, gibt man dem Ansatz der sozialen Kontrolle gar keine Chance. Die SP ist dagegen, dass von Anfang an gesagt wird, bei einem Schulhaus werde sicher einmal etwas passieren. Sie fordert, dass auf die Kameras verzichtet wird, und falls doch einmal Kameras installiert werden sollten, klar aufgezeigt würde, welche Massnahmen ergriffen wurden und warum diese nicht funktionierten.*

***Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)** stellt namens der GLP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Für uns ist Videoüberwachung, die als Grundmittel immer zum Einsatz kommt, unverhältnismässig. Es ist nach wie vor nicht bewiesen, dass Videoüberwachung nötig ist, um Dissuasion zu bewirken. Zudem wurde noch nie untersucht, inwiefern die Verlagerung der Probleme vielleicht eine Folgeerscheinung von Videokameras ist. Unsere schriftliche Anfrage enthält viel Wissenswertes zum Ablauf der Videoüberwachung von Schulhausfassaden. Die Überwachung kommt nur in Ausnahmefällen, wenn keine anderen Mittel funktionieren, zum Zug. Deshalb verstehen wir nicht, warum die SP in ihrem Postulat den Stadtrat lediglich zu dem auffordert, was er sowieso machen muss und selber ja schon geregelt hat. Abgesehen davon wurde auch schon ein ähnliches Postulat überwiesen. Es wäre nicht pragmatisch, der Verwaltung aufzutragen, etwas auszuarbeiten, das sie bereits ausgearbeitet hat. Übrigens lese ich die Forderung, es sei aufzuzeigen, welche Massnahmen schon geprüft und umgesetzt wurden, nicht so ganz aus dem Postulatstext heraus.*

Weitere Wortmeldungen:

***Stefan Urech (SVP):** Videoüberwachung ist eine der ganz wenigen Präventivmassnahmen, die erwiesenermassen etwas bringen. Seit z. B. am Limmatschulhaus Kameras angebracht sind, ist es frei von Sprayereien.*

Reto Vogelbacher (CVP): Die CVP-Fraktion sieht es ähnlich wie die GLP-Fraktion; durch die Umsetzung des Postulats würde sich nicht so viel ändern, denn das Schulamt muss die Videoüberwachung sowieso erst installieren, wenn es notwendig ist. In der Formulierung gefällt uns «unabdingbar» nicht: Was ist damit gemeint? Dieses Wort eröffnet einen Interpretationsspielraum. Die Stossrichtung des Postulats macht aber Sinn, und so stimmt die CVP – wenn auch ohne Begeisterung – zu.

Marcel Bührig (Grüne): Die Grünen lehnen das Postulat ab. Mit unserem Dispositivvertrag zur Weisung haben wir die richtige Lösung angeboten. Das Postulat bewerten wir als scheinheilig. In der Antwort auf die erwähnte schriftliche Anfrage versichert der Stadtrat, dass Überwachungskameras nur bei absoluter Notwendigkeit installiert werden. Wir finden aber, für Überwachungskameras gibt es nie eine absolute Notwendigkeit. Jetzt, wo es ein neues Graffiti-Schutzmittel gibt, erst recht nicht mehr.

Michael Baumer (FDP): Überwachung soll zurückhaltend eingesetzt werden, die baulichen Voraussetzungen müssen aber geschaffen werden. In diesem Zusammenhang macht es Sinn, zu sagen, eine Umsetzung solle wirklich nur dann erfolgen, wenn sie nötig ist. Wir stimmen dem Postulat zu, auch wenn der Stadtrat bereits so, wie es gefordert wird, vorgeht.

Dr. Pawel Silberring (SP): Mit dem Postulat wollen wir einen Kompromiss schaffen. Wir wollten die baulichen Voraussetzungen nicht verhindern, weil ein nachträglicher Einbau sehr teuer wäre. Gleichzeitig wollen wir aber sichergehen, dass der vorangegangene Beschluss nicht so verstanden wird, dass die Kameras sofort zu montieren wären.

Andrea Leitner Verhoeven (AL): Die ablehnende Haltung der AL gegenüber dem Postulat und auch gegenüber der Rohinstallation in der eben behandelten Weisung begründet sich wie folgt: Die AL findet es nicht gut, wenn zum Vornherein angenommen wird, alle Leute seien potenzielle Verbrecher. Deshalb möchte sie ein Statement für eine bessere Gesellschaft abgeben. Zudem traut sie der Verwaltung zu, dass sie die bestehenden Reglemente korrekt anwendet und im jeweils richtigen Zeitpunkt zu den entsprechenden Mitteln greift. Es wäre auch sinnvoll, diese Diskussion nicht für jedes Schulhaus einzeln zu führen, sondern sich allgemein auf etwas zu einigen.

Thomas Schwendener (SVP): Ich möchte ja nicht wissen, was die Entwicklung des neuen Graffiti-Mittels gekostet hat. Mit Überwachung ist man im Alltag an vielen Orten konfrontiert, so z. B. auch im Bus. Wenn man nichts zu verbergen hat, ist das ja auch kein Problem. Die Festlegung der Anzahl Kameras sollte man Fachleuten überlassen. Wenn ich dereinst das Präsidium innehabe, werden wir einmal vertieft anschauen, was Kameraüberwachung heisst.

Das Postulat wird mit 67 gegen 55 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3 / 3

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat